

Freie Daten für eine freie Gesellschaft

18.05.2011 | futurezone.at | Johannes Öhlböck



Die Stadt Wien hat sich entschlossen, Verwaltungsdaten für jedermann zur kommerziellen oder nicht-kommerziellen Weiterverwendung zur Verfügung zu stellen. Linz hat eine einheitliche Lizenz für Open Government Data initiiert. Für Österreich stellt das eine neue digitale (Verwaltungsdaten-)Revolution und in gewisser Weise auch einen Tabubruch dar. Wien und Linz schaffen damit etwas woran die Europäische Union gescheitert ist und wogegen sich österreichische Ministerien stemmen. *Ein Kommentar von Johannes Öhlböck.*

Die Stadt Wien hat sich entschlossen, Verwaltungsdaten für jedermann zur kommerziellen oder nicht-kommerziellen Weiterverwendung zur Verfügung zu stellen. Linz hat eine einheitliche Lizenz für Open Government Data initiiert. Für Österreich stellt das eine neue digitale (Verwaltungsdaten-)Revolution und in gewisser Weise auch einen Tabubruch dar. Wien und Linz schaffen damit etwas woran die Europäische Union gescheitert ist und wogegen sich österreichische Ministerien stemmen. Ein Kommentar von Johannes Öhlböck.

Die Europäische Union hat den Wert von öffentlichen Verwaltungsdaten früh erkannt. 1989 wurde ein Aktionsplan verabschiedet. 1998 ein Grünbuch über die Informationen des öffentlichen Sektors erstellt. Zu denken ist etwa an Geoinformationen, Verkehrsdaten, Regionaldaten, Wetterdaten, Fahrzeiten von öffentlichen Verkehrsmitteln, Firmenbuchdaten, Vereinsregister, genaue Lage von Aufzügen für Behinderte, und so weiter.

2003 wurde eine Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie) verabschiedet. Ziel dieser Richtlinie war ein Abbau der Barrieren, denen sich die europäischen Anbieter von Inhalten bei der Entwicklung einer neuen Generation von Informationsprodukten und -diensten anhand von Informationen des öffentlichen Sektors gegenübersehen. Man wollte damit Wettbewerbsnachteile ausgleichen die europäische Unternehmen gegenüber ihren US-amerikanischen Konkurrenten haben.

In den USA sind öffentliche Daten zum Großteil frei. In Europa, auch in Österreich, war dies nicht so. Verwaltungsdaten wurden nicht oder nur zu enorm hohen Preisen herausgegeben. Das hat dazu geführt, dass europäische Unternehmer ihre Rohdaten (etwa Wetterdaten) zum Teil aus den USA bezogen haben.

Wert öffentlicher Daten und volkswirtschaftliche Bedeutung

Öffentliche Stellen erfassen und besitzen große Mengen an Informationen, die von finanziellen und geografischen Daten bis zu touristischen Informationen reichen. Diese Daten stellen einen Schlüsselfaktor bei der Weiterentwicklung von Informationsprodukten und -diensten dar. Die EU hat deren wirtschaftlichen Wert im Jahr 2001 auf 433 Milliarden Euro geschätzt und angegeben, dass rund vier Millionen Europäer in dieser Branche Beschäftigung finden könnten. Das Potenzial und die volkswirtschaftliche Bedeutung von Informationen des öffentlichen Sektors wurde nach meiner Einschätzung damit vollkommen richtig erkannt.

EU verlässt der Mut

Auf dem Weg zur Verabschiedung der PSI-Richtlinie hat Europa allerdings der Mut verlassen. Der Druck großer Player, wie etwa der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, war zu hoch. Man hat sich daher dazu entschlossen, keine Verpflichtung zur Weitergabe von Verwaltungsdaten vorzusehen, sondern lediglich eine Regelung für den Fall, dass eine öffentliche Stelle ihre Daten freiwillig aus der Hand gibt. Eine Verpflichtung zur Herausgabe von Daten wurde nicht normiert. Dieses Tabu sollte nicht gebrochen werden. Wo kommt man schließlich hin, wenn man Verwaltungsdaten aus der Hand gibt. Man hat den zweiten Schritt vor den ersten gesetzt. Die PSI-Richtlinie und ihre österreichische Umsetzung, das Informationsweiterverwendungsgesetz (IWG) blieben damit faktisch Regeln ohne Anwendungsbereich.

Weigerung zur Herausgabe öffentlicher Daten

Anbieter die öffentliche Daten verwenden wollten, um damit Applikationen mit Mehrwert zu erstellen, mussten steinige Wege gehen. Ministerien beriefen sich zur Abwehr der an sie herangetragenen Ansprüche auf ihre Rechte nach dem Urheberrechtsgesetz und gaben die geforderten Daten nicht heraus. Die Konsequenz von Herausgabeverweigerungen dieser Art ist die Verhinderung des Entstehens von Mehrwertinformationen und damit volkswirtschaftlichem Nutzen und individuellen Vorteilen.

Wien und Linz gehen neue Wege und entsprechen damit dem, was die Europäische Union schon vor langer Zeit als richtig und wichtig erkannt hat. Auf das viele öffentliche Stellen diesem positiven Beispiel folgen mögen und damit gemeinsam eines schaffen: Freie Daten für eine freie Gesellschaft!

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der futurezone

Dr. Johannes Öhlböck LL.M., Rechtsanwalt in Wien

www.raoe.at

Johannes Öhlböck ist Rechtsanwalt in Wien und auf Rechtsfragen bei der Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (open government data) spezialisiert. Er ist auch Schlichter in Schlichtungsverfahren nach dem IWG.



futurezone.at
TECHNOLOGY NEWS

Suchen nach

Newsletter Meine Daten

Frontpage Netzpolitik B2B Produkte Digital Life Future Meinung

ZEIGE: ÖSTERREICH, OPEN DATA

OPEN DATA

Freie Daten für eine freie Gesellschaft



18.05.11, 11:30
Johannes Öhlböck

Tags

Österreich, Open Data



Johannes Öhlböck ist Rechtsanwalt in Wien und auf Rechtsfragen bei der Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (open government data) spezialisiert. Er ist auch Schlichter in Schlichtungsverfahren nach dem IWG.
raoe.at

Die Stadt Wien hat sich entschlossen, Verwaltungsdaten für jedermann zur kommerziellen oder nicht-kommerziellen Weiterverwendung zur Verfügung zu stellen. Linz hat eine einheitliche Lizenz für Open Government Data initiiert. Für Österreich stellt das eine neue digitale (Verwaltungsdaten-)Revolution und in gewisser Weise auch einen Tabubruch dar. Wien und Linz schaffen damit etwas woran die Europäische Union gescheitert ist und wogegen sich österreichische Ministerien stemmen. Ein Kommentar von Johannes Öhlböck:

Die Europäische Union hat den Wert von öffentlichen Verwaltungsdaten früh erkannt. 1989 wurde ein Aktionsplan verabschiedet. 1998 ein Grünbuch über die Informationen des öffentlichen Sektors erstellt. Zu denken ist etwa an Geoinformationen, Verkehrsdaten, Regionaldaten, Wetterdaten, Fahrzeiten von öffentlichen Verkehrsmitteln, Firmenbuchdaten, Vereinsregister, genaue Lage von Aufzügen für Behinderte, und so weiter.

2003 wurde eine Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie) verabschiedet. Ziel dieser Richtlinie war ein Abbau der Barrieren, denen sich die europäischen Anbieter von Inhalten bei der Entwicklung einer neuen Generation von Informationsprodukten und -diensten anhand von Informationen des öffentlichen Sektors gegenübersehen. Man wollte damit Wettbewerbsnachteile ausgleichen die europäische Unternehmen gegenüber ihren US-amerikanischen Konkurrenten haben.

In den USA sind öffentliche Daten zum Großteil frei. In Europa, auch in Österreich, war dies nicht so. Verwaltungsdaten wurden nicht oder nur zu enorm hohen Preisen herausgegeben. Das hat dazu geführt, dass europäische Unternehmer ihre Rohdaten (etwa Wetterdaten) zum Teil aus den USA bezogen haben.

Wert öffentlicher Daten und volkswirtschaftliche Bedeutung

Öffentliche Stellen erfassen und besitzen große Mengen an Informationen, die von finanziellen und geografischen Daten bis zu touristischen Informationen reichen. Diese Daten stellen einen Schlüsselfaktor bei der Weiterentwicklung von Informationsprodukten und -diensten dar. Die EU hat deren wirtschaftlichen Wert im